

Wollwaren
Wollwaren
Wollwaren



29.
 Kleid aus
 Afghane
 Mohlbaum
 passelegant
 Wollverzierg.
 u. modern.
 Glanzrock

5
 9
 12
 erledigt für auswärts
 send alle Bestellungen

R
 mille Renner

= 2
 die Hälfte
 1 Woche

Falk & Posener
 Sesselsdorfer Straße 9
 Marktstraße 14

Dresdner Nachrichten

Großer Sportteil
 Begründer 1856

Wannenbergstr. 10. (Eingang von der Straße aus).
 (Eingang von der Straße aus).
 (Eingang von der Straße aus).

Druck v. Verlag Neff & Reichardt,
 Dresden, Schillerstr. 104/105. Druck
 Kabinett nur mit best. Carl-Linotype
 (Schrift. Wagn.) möglich. Umverlage
 Schillstraße werden nicht aufgenom.

Vor Beginn der Reichstagsession Neue Klippen für das Kabinett Brüning

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 21. Febr. Mit dem Zusammenritt des Reichstages am kommenden Dienstag beginnt eine Woche hochpolitischer Kugelnandersehungen. Die Reichstagsitzung wird am Montag in einer Sitzung des Reichstagsrats des Reichstages vorbereitet werden, und zwar dürfte der Reichstagsrat beschließen, daß am ersten Tage der neuen Reichstagsession der Reichsinnenminister Brüning die Vorlage über den Termin der Reichspräsidentenwahl einbringt und begründet. An diesen Antrag wird sich eine allgemeine politische Aussprache knüpfen, die mit der Beratung und der Abstimmung über die zahlreich vorliegenden Mißtrauensanträge beschlossen werden dürfte. Man rechnet allgemein mit einer viertägigen Sitzungsperiode, so daß die entscheidenden Abstimmungen am kommenden Freitag zu erwarten sind. Auch der Reichskanzler wird voraussichtlich in die Debatte eingreifen. Man nimmt an, daß dies am Mittwoch geschehen wird.

Bis zum Freitag muß nun die Reichsregierung den Versuch machen, alle Schwierigkeiten, die für sie parlamentarisch entstehen könnten, auszuräumen. Es handelt sich in erster Linie um die schon des öfteren besprochenen zwei Konfliktpunkte, einmal um den Konflikt um den Reichswehrminister Brüning und zum anderen um den Konflikt in der Reichswehrfrage, der besonders auf die Haltung der Wirtschaftspartei, aber auch der Bauernpartei nicht ohne Einfluß bleiben kann. Was den

Konflikt um Brüning

angeht, so handelt es sich bekanntlich um die von der Linken Brüning bestig zum Vorschwurm gemachten neuen Bestimmungen für die Rekrutierung der Reichswehr und die Befreiung aus dem Wehrdienst, die vorher nationalsozialistisch eingestrichelt waren. Die Linke Front droht mit allen möglichen Interventionen, und da insinuiert auch von oppositioneller Seite im Reichstag Mißtrauensanträge gegen den Reichsminister angehängt wurden, hätte es sehr leicht geschehen können, daß über einen Sturm Brüning das ganze Kabinett Brüning ins Rutschen gekommen wäre. Der Reichskanzler ist deshalb in den letzten Tagen emsig bemüht gewesen, Brüning zu veranlassen, sich mit dieser Opposition aus dem Regierungslager zu verabschieden. Besprechungen und Empfänge haben in dieser Angelegenheit stattgefunden. Die Reichsregierung hat sich einen Ausweg, dessen Charakter noch nicht ganz feststeht, offen gehalten. In jedem Falle hat sie aber der Sozialdemokratie und der Linkenopposition nachgegeben und damit eine

Ablehnung der Mißtrauensvoten seitens der Sozialdemokratie

erlaubt. Welche materielle Basis diese „Einquana“ hat, ist noch nicht bekannt. Es heißt, daß der Reichswehrminister die Linke durch eine Interpretation seines letzten Reichswehrgesetzes beruhigt habe und daß in dieser Sache ein Briefwechsel bestanden. Ueber die Brüning-Mißtrauensvoten wird, wie als feststehend bezeichnet werden kann, bekannt, daß das Kabinett Brüning dadurch nicht in parlamentarische Schwierigkeiten kommt.

Noch nicht ganz ausgeräumt ist demgegenüber der Reichswehrkonflikt.

Dieser Konflikt könnte der Regierung besonders gefährlich werden, da die in dieser Angelegenheit besonders interessierte Wirtschaftspartei das Kabinett an der Wehrdienstbefreiung des Kabinetts Brüning bildet. Zwänge die Wirtschaftspartei aus der Brüningfront aus, dann wäre die Kabinettfront da und der Weg für eine Umgestaltung der innerpolitischen Dinge frei. Dieser Lage ist sich die Wirtschaftspartei auch in vollem Umfange bewußt gewesen, und es ist ihr gelungen, der in schwerer Bedrängnis befindlichen Reichsregierung gewisse Konzessionen abzurufen.

Für die Regierung hat der Reichskanzler die Zulage abgeben müssen, daß bis spätestens 1. April eine Senkung der Biersteuer erfolgen soll.

Es ist bisher noch nicht entschieden, ob sich die Wirtschaftspartei und die Linke Partei nachstehenden großen Wirtschaftsvereinbarungen mit dieser Regelung einverstanden erklären können. Auch die Wirtschaftspartei ist mißtrauisch gegenüber allen Versprechungen. Wohl aus diesem Grunde hat sich auch unter den Berliner Vertrauensmännern sämtlicher Wirtschaftsvereinigungen keine Mehrheit dafür ergeben, nunmehr auf einen Biersteil in der Reichsregierung zu verzichten.

Die Gastwirte haben vielmehr für Donnerstag den Streik beschlossen, da sie auf dem Standpunkt stehen, daß angesichts der katastrophalen Lage des Gewerbes, der hiesigen Überlastung usw. der von der Reichsregierung für die Bierpreislenkung in Aussicht genommene Zeitpunkt viel zu spät sei.

Immerhin ist wohl kaum damit zu rechnen, daß die Wirtschaftspartei sich aus der Brüningfront lösen könnte. Des-

halb wird das Kabinett Brüning wohl auch aus dieser parlamentarischen Schlacht mit einer knappen Mehrheit hervorgehen.

Die geplante Biersteuerlenkung

Dresden, 21. Februar. Vom Verband des Gaststätten-gewerbes von Dresden und Umgebung wird uns im einzelnen zu der beschlossenen Senkung der Biersteuer folgendes gemeldet: Das Reichskabinett hat in der Sitzung vom 21. Februar folgenden Beschluß gefaßt: Die Verordnung über die Bierpreislenkung bleibt bestehen und wird durchgeführt, und zwar nach Maßgabe der vom Preis-Kommissionar erlassenen Ergänzungsverordnungen, wonach die örtlichen Behörden Hörden ausgleichen können. Die Reichs-regierung hält jedoch im Gesamtinteresse des Bierpreis-problems auch die Inangriffnahme des Getränkebesteuerungssystems für nötig. Denn die Finanzlage erfordert es, daß das Bier unter allen Umständen das aufbringt, was bisher in den Etats dafür angelegt war. Diese Anläge würden aber nicht erreicht werden, wenn die Besteuerung in ihrer bisherigen Höhe, die übrigens bei der gegenwärtigen Kaufkraft der Bevölkerung auch wirtschaftlich und steuerlich nachteilige Wirkungen für das Gastwirts-gewerbe, die Brauereien und die mit dem Brauergewerbe zusammen-hängenden Gewerbe hat, jetzt bestehen bliebe. Aus diesem Grund ist spätestens zum 1. April 1933 eine entsprechende Biersteuerlenkung in Aussicht genommen, die dann auch eine weitere Senkung des Bierpreises ermöglichen würde.

Es ist somit erreicht worden, daß die Biersteuer erheb-lich, spätestens bis 1. April 1933, gesenkt wird, in welcher Form, ob bei der Reichsbiersteuer oder Gemeindebiersteuer, oder bei beiden, ist zur Zeit noch nicht geklärt, weil Ver-handlungen mit Wägern noch geführt werden. Der Hinweis auf das Getränkebesteuerungssystem besteht sich auf Be-sprechungen des Kabinetts, die Getränkesteuer zu be-schließen. Auf anderen Gebieten werden gleichfalls Maß-nahmen getroffen, die dem Gewerbe fühlbare Erleichterun-gen bringen werden. Bezüglich der Bierpreisverordnung können sich die Gaststätteninhaber an die örtlichen Behörden wenden und ihnen nachweisen, daß die Senkung der Bier-preises die Rentabilität ihres Betriebes gefährdet und somit für sie eine Härte bedeutet.

Bereiternach rechts!

Von Vapen für Anstich an die nationale Front

Kleve, 21. Febr. Anstich der Generalversammlung der Rheinischen Bauernschaft sprach der Zentrumsabg. von Vapen am Sonnabend in Kleve. Er unterrichtete die Frage, unter welchen Bedingungen Deutschland in der näch-sten Zukunft sein politisches und wirtschaftliches Leben ohne chaotische Zusammenbrüche erhalten und weiterführen könne.

Die außenpolitische Lage des Reiches trage den Stempel völliger Isolierung. Es sei unerlässlich, auf das Eingreifen einer wohlwollenden Weltmeinung zu warten, die sich auf die Seite des Rechtes stellen werde. Die Ereignisse im Osten zeigten, daß die internationalen Instrumente hoffnungslos verlogen.

Jede Selbsttäuschung über den Ernst unserer Lage sei Tod-sünde. Der einseitige Ausdruck eines nationalen Willens werde heute fast unumgänglich gemacht durch die Aufrichtung harter unüberstiegbarer Fronten im Innern. Es sei geradezu tragisch, daß in diesem Augenblick, der außenpolitisch härteste Konzentration erfordere, die Zer-splitterung in der Frage der Reichspräsidenten-wahl ein höchstes Maß erreiche. Von Vapen kam zu dem Schluß: Alle staatskonstruktive Arbeit, die die innere Lage von dem lährenden deutschen Staatsmann erfordere, müsse von einer breiten Front getragen werden. Es sei eine Unmöglichkeit, diese allein mit den Kräften zu leisten, die gegenwärtig die Regierung führten.

Die große geistige Bewegung der Rechten müsse hart konzentriert eingeleitet werden.

Der reale und tatsächliche Volkstifter dürfe sich nicht durch eine oft mäßige Demagogie dieser Bewegung, mit der sie durch den Stimmzettel zur Macht kommen würde, den Blick trüben lassen für die tatsächlichen Qualitäten, die unter keinen Umständen entbehrt werden könnten und deren Verneinung nur dem Volksweltismus den Weg bereite. Die gegenwärtige Stärke der innen-politischen Fronten, unerträglich verstärkt durch den Kampf um Hindenburg, müsse unter allen Umständen überwunden werden. Sie führe mit Sicherheit zum Bürgerkrieg und Untergang. Es gebe kein besseres Mittel, als der „Coup“ von durch Neuwahlen zu bewirken, daß sie den Rechten des Reiches nicht allein helfen könne, sondern, daß in diese Front alle nationaldenkenden nationalen Männer jenseits enger Parteigrenzen gehörten.

Das Kabinett Tardieu gebildet

Tardieu Ministerpräsident und Außenminister - Laval Arbeitsminister

Paris, 21. Febr. In der Nacht zum Sonntag, am 21. Febr. hat sich André Tardieu und seine Regierung gebildet, um dem Präsidenten der Republik die Liste seines ungeschulten Ministeriums vorzulegen. Diese Liste enthält folgende Namen:

- Ministerpräsident und Außenminister: Tardieu;
- Justizminister und Botschafter: Paul Reynaud;
- Innenminister: Ruchon;
- Finanzminister: Mandin;
- Nationale Verteidigung: Vietri;
- Gabel, Industrie und Post: Rollin;
- Landwirtschaft: Chauveau;
- Essentielle Arbeiter: Garnier;
- Unterricht: Rouhan;
- Arbeit: Laval;
- Pensionen: Champetier de Ribes;
- Kolonien: de Chappedelaine;
- Gesundheit: Blaisot.

Das Kabinett zählt sieben Mitglieder weniger als das vorausgegangene Kabinett. Das Bundesministerium ist mit dem Finanzministerium, das Ministerium für Handels-marine und Handelsluftfahrt mit dem Ministerium für öffentliche Arbeiten, das Post- und Telegraphenministerium mit dem Ministerium für Handel wieder vereinigt worden. Neu geschaffen wurde das Ministerium für nationale Ver-feldigung, das die bisherigen Ministerien für Meereswesen, Kriegsmarine und Militärluftfahrt vereinigt.

Dem neuen Kabinett gehören unter anderem an: Ein Sozialrepublikaner und ein Unabhängiger, drei Mitglieder der radikalen Linken, sechs Vorkonventioneller, zwei Mit-glieder der Fraktion Franklin Bouillon, ein Katholischer Demokrat, zwei Mitglieder der Demokratisch-sozialen Aktion (Fraktion Maginot) und zwei Mitglieder der Demo-kratik-republikanischen Union (Fraktion Marin).

Das neue Kabinett tritt am Dienstag vor das Par-lament. — Tardieu beschloß, am kommenden Mittwoch nach Genf abzureisen, um die Führung der französischen Delegation auf der Abrüstungskonferenz wieder zu über-nehmen.

Das Kabinett Tardieu wird von der Presse der Rehr-heit und von den großen Nachrichtenblättern mit Freuden begrüßt.

Ein Teil der links stehenden Presse nimmt das Mini-sterium Tardieu mit Skepsis auf. Der Kampf der

Opposition gegen das Kabinett habe fort. — „Deuxre“ erklärt, wenn man etwa meinen wollte, daß die Angelegen-heit nun erledigt sei, dann täusche man sich. Die „Re-publique“ Labadiers schreibt: Die Rechte erklärt dem Senat den Krieg. Der Senat werde die Herausforderung annehmen. — Der sozialistische „Populaire“ schreibt, die Sozialisten würden den Kampf bereits am Dienstag in der Kammer aufnehmen. Tardieu personifiziere die Politik der Schlimmsten und brutalsten Reaktion. Der Senat habe Laval-Tardieu geküßt, Doumer schide ihm ein Kabinett Tardieu-Laval zurück. Der Senat müsse das für einen schlechten Scherz halten.

Neue französische Delegation für Genf.

Paris, 21. Februar. Tardieu erklärte dem „Matin“, daß die neue Delegation für die Abrüstungskonferenz durch ein Dekret eingeleitet werde. Sie werde nicht wesentlich von der alten Delegation abweichen. Paul Doumer werde der Delegation angehören.

Hindenburgs Glückwünsche an Amerika

Anstich der George-Washington-Feyer
 Berlin, 21. Februar. Anstich des 200. Geburtstages von George Washington hat der Reichspräsident v. Hindenburg an den Präsidenten Hoover nachstehendes Telegramm gerichtet: „Zur Feier des 200. Geburtstages Ihres großen Nationalhelden gestalte ich mir, Ihnen, Herr Präsident, und der ganzen amerikanischen Nation zugleich im Namen der Reichsregierung und des deutschen Volkes die herzlichsten Glückwünsche auszusprechen. George Washington, der seinen Volksgenossen in Krieg und Frieden ein vorbildlicher Führer war, gebot zu den Unkerr-bitten der Weltgeschichte. Möge dieses Jahr des Gedächtnisses an George Washington, dessen kraftvoller Hand das junge amerikanische Staatsvolk in schwerer Zeit führte durch alle Klippen hindurch, heute, zum Beginn einer Ära neuen wirtschaftlichen Aufstiegs für das amerikanische Volk und die ganze Welt werden.“

Ein Dortmunder Nationalsozialist erschossen

Dortmund, 21. Febr. Im Anstich an eine national-sozialistische Versammlung in Oberhausen wurden am Sonnabendabend etwa 40 bis 50 SA-Leute auf ihrem Heimweg von 15 Kommunisten überfallen, die etwa 12 bis 15 Verwundete auf die Nationalsozialisten abfeuerten. Ein SA-Mann wurde durch einen Schuß auf der Stelle getötet.